

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
12.09.2017, 14:30 bis 17:30 Uhr*

Vorsitz: Christina **Wurzinger**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Erich **Girlek**
Martin **Ladstätter**
Erich **Schmid**
Christina **Wurzinger**

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Gunther **Trübswasser**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Magdalena **Kern**

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Christine **Steger**

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Tobias **Buchner**
Petra **Derler**
Volker **Frey**
Elisabeth **Szymanski**

Büro: Waltraud Palank-Ennsmann
Wolfgang Iser

Sozialministeriumservice:
Patrick Berger

Resümeeprotokoll

An Unterlagen liegen vor: Tagesordnung, Protokoll der letzten Sitzung, Entwurf zur Stellungnahme „Vorurteile und Bewusstseinsbildung“, Grundgerüst des Monitoring-Berichts nach Genf.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen.

3. Stellungnahme „Vorurteile und Bewusstseinsbildung“

Der vorliegende Entwurf wird diskutiert. Weitere Ergänzungen und Präzisierungen werden angeregt. Buchner, Derler, Kern, Ladstätter, Schmid, Steger und Trübswasser werden noch Formulierungsvorschläge schicken. Die Vorsitzende wird die Textbausteine einarbeiten und im Sinne des Besprochenen die Endredaktion vornehmen.

4. Grundgerüst Monitoring-Bericht nach Genf

Die Vorsitzende berichtet über das am 28.08.2017 in Salzburg stattgefundenere Treffen mit den Länder-Überwachungsorganen betreffend die Koordinierung der Berichte nach Genf.

Das vorliegende Grundgerüst einer Struktur des Berichts nach Genf wird diskutiert. Der Bericht soll 30 Seiten nicht übersteigen, die Beiträge der Länder-Organen werden vom Ausschuss eingearbeitet.

Von den Zeitlinien her sieht die Situation folgendermaßen aus: Im September 2018 wird seitens des Genfer Fachausschusses die Prüfungsliste ("List Of Issues") erstellt. Diese Liste ist dann die Grundlage für den verkürzten Bericht seitens der Republik Österreich. Die Prüfung selbst findet voraussichtlich im Herbst 2019 statt. Um in die Liste einzufließen, sollte der Bericht des Ausschusses bis Sommer 2018 vorliegen. Im Frühjahr 2018 werde es noch ein Treffen mit den Länder-Organen geben. Der Bericht muss vor Abgabe noch in Englisch und Leichte Sprache übersetzt werden.

Inhaltliche Bezugspunkte seien die Handlungsempfehlungen und sonstige Entwicklungen seit der Prüfung 2013, insbesondere Verschlechterungen.

Der Staatenbericht soll eine Antwort auf die Prüfungsliste sein.

Nach dem Vorliegen der Liste können alle Berichtlegenden noch einmal im Rahmen einer „Antwortrunde“ Stellung nehmen (max. 15 Seiten). Dies sei noch mit den Ländern zu koordinieren.

Der Ausschuss sei Teil der österreichischen Delegation, allerdings mit eigener Redezeit.

Die Volksanwaltschaft werde nur zu Art.16 der Konvention berichten (Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch). Ob und in welcher Form der Bundesbehindertenanwalt teilnimmt, sei noch offen. Der Zivilgesellschaftsbericht, der zeitgleich mit dem Ausschussbericht erstellt werden sollte, wird voraussichtlich wieder vom Österreichischen Behindertenrat koordiniert werden.

5. Öffentliche Sitzung Burgenland

Die Sitzung findet am 20. November ab 13:30 bis ca. 16:30 Uhr im Kulturzentrum Eisenstadt, Franz Schubert-Platz 6, 7000 Eisenstadt, statt.

Das Büro berichtet über Barrieren bei der der Anreise. Die dem Veranstaltungsort nähere Haltestelle „Eisenstadt Schule“ ist nicht barrierefrei, die Anreise mit Rollstuhl über „Bahnhof Eisenstadt“ wird empfohlen. Barrierefreie Busse (Postbus) müssen einige Tage vorher bestellt werden, es gibt nur zwei Rollstuhlplätze pro Bus.

Das Büro wird Entwürfe zu Einladung und Diskussionsgrundlage erstellen und in Umlauf schicken.

6. Nächste Termine

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 03.10.2017 ab 14:30 Uhr bis ca. 17:00 im Saal IV des Sozialministeriums statt.

Die übernächste Sitzung des Ausschusses findet am 06.11.2017 ab 14:30 Uhr bis ca. 17:00 im Saal VI des Sozialministeriums statt.

7. Allfälliges

- Am 19.09. findet im Bundeskanzleramt eine Veranstaltung zur Web Accessibility Richtlinie statt. Erich Schmid wird für den Ausschuss teilnehmen.
- Magdalena Kern berichtet über die Agenda 2030 „Nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen. 2015 wurden die „Nachhaltigen Entwicklungs-Ziele“ (Sustainable Development Goals; SDG) von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen beschlossen. Es seien starke Synergien mit der UN-Konvention festzustellen.

In Österreich gab es dazu 2016 einen Ministerratsbeschluss und im Frühjahr 2017 eine erste Zusammenschau der Bundesregierung zur Umsetzung der Agenda. Österreich plant 2020 das erste Mal an die Vereinten Nationen zu berichten.

Der Ausschuss kommt überein, einen diesbezüglichen Brief an die Bundesregierung zu verfassen. Magdalena Kern wird einen Entwurf erstellen.

- Gunther Trübwasser berichtet über die schwierige Situation in Oberösterreich. Der Vorsitz des Ausschusses sei weiter vakant. Die Anti-Diskriminierungsstelle sei nun in die Personalabteilung des Amts der Landesregierung verschoben worden, die jüngste Novelle habe die Situation weiter verschlechtert.

Die Vorsitzende wird das Thema „Zukunft der Überwachung“ generell auf die Tagesordnung der Novembersitzung setzen.

- Das Büro berichtet über das Ableben zweier langjähriger Unterstützer des Ausschusses: Christian Bruna, Gebärdensprachdolmetscher, und Alfred Sturma, Tontechniker.

Christina Wurzinger (Vorsitzende)

Magdalena Kern (Schriftführerin)